

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
I. Einleitung und Problemstellung	15
A. Informationen als Wettbewerbsfaktor	17
B. Das informationelle Selbstbestimmungsrecht und der Betroffenenschutz im Transaktionsverfahren	19
C. Der derzeitige Stellenwert der Problematik in der öffentlichen Wahrnehmung	20
II. Grundlagen der Unternehmenstransaktion	22
A. Formen der Unternehmensveräußerung und ihre rechtlichen Grundlagen	22
B. Fallbeispiele	28
C. Erwerbsziele sowie die Bedeutung der Transaktionen für den Markt und Wettbewerb	31
1. Erwerbsziele	31
a) Motive des Verkäufers	32
b) Motive des Käufers	33
2. Wirtschaftliche Auswirkungen der Unternehmenstransaktionen	36
III. Untersuchung der einzelnen Transaktionsformen	40
A. Verhandlungs- und Vorbereitungsphase (Due Diligence-Phase)	40
1. Inhalt des Due Diligence-Verfahrens	42
2. Grundsätzliche Zulässigkeit einer Due Diligence im Hinblick auf die Verschwiegenheitspflicht nach § 93 AktG	44
a) Umfang der Verschwiegenheitspflicht	45
b) Restriktive Lösung	47
c) Interessengerechte Lösung	47
3. Übermittlung von Daten i.S.d. § 3 Abs. 4 Nr. 3 BDSG	53
4. Datenschutzrechtliche Rechtfertigung zur Weitergabe	55
a) Die Bedeutung der Einwilligung im Due Diligence-Verfahren	56
b) Gestattung der Übermittlung personenbezogener Daten bei Arbeitnehmern durch Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag	59
c) Schuld- oder aktienrechtliche Rechtfertigungsalternativen	61

d)	Rechtfertigung der Übermittlung aufgrund der Zweckbestimmung des jeweiligen Vertragsverhältnisses?	63
e)	Zulässigkeit der Datenübermittlung im Due Diligence-Verfahren wegen eines berechtigten Interesses des Unternehmensverkäufers	65
	(1) Berechtigtes Interesse der verantwortlichen Stelle	67
	(2) Schutzwürdiges Interesse der Betroffenen	67
	(3) Abwägung der Interessen	68
f)	Die Möglichkeiten der Datenübermittlung zur Wahrung der Käuferinteressen im Hinblick auf die unzureichende Tauglichkeit der Modelle des Selbstdatenschutzes	76
	(1) Geheimhaltungsabrede oder Vertraulichkeitsvereinbarung	78
	(2) Vereinbarung einer Vertragsstrafe	80
	(3) Aufsplitzung der Due Diligence in verschiedene Phasen	80
	(4) Einschaltung unabhängiger Dritter	81
	(5) Anonymisierung der Daten	83
g)	Bereichsspezifische Rechtfertigungstatbestände	83
	(1) Telemedienunternehmen	84
	(2) Telekommunikationsunternehmen	91
	(3) Versicherungsbranche	94
5.	Zulässigkeit der Datenübermittlung gemessen am allgemeinen Persönlichkeitsrecht bei Unanwendbarkeit des BDSG	95
6.	Zwischenergebnis für die Verhandlungsphase	96
B.	Vertragsschluss und Unternehmensübergang	98
1.	Die Transaktion im Wege des Share Deals zum (primären) Zweck der Datenverarbeitung in der Konzernstruktur	99
a)	Der Austausch von personenbezogenen Daten im Allfinanzkonzern im Nachfeld des Share Deals	106
	(1) Übermittlung durch verschiedene Rechtsträger im datenschutzrechtlichen Sinne	108
	(2) Abgrenzung zur Auftragsdatenverarbeitung beim Datenaustausch im Allfinanzkonzern	110
	(3) Rechtfertigungsalternativen der Übermittlung	113
	(a) Die Einwilligung und deren Ausgestaltung	113
	(i) Die Mustereinwilligung des Düsseldorfer Kreises	115
	(ii) Der Umgang mit bereits ausgehandelten Allfinanzklauseln nach einer Konzernstrukturänderung nach Ansicht der hessischen Aufsichtsbehörde aus dem Jahre 1998	118
	(iii) Entbehrlichkeit der Erweiterung der Einwilligung auf das Zielunternehmen aufgrund der Wahrung berechtigter Unternehmensinteressen	119
	(iv) Kritische Würdigung der Standpunkte	120

(b) Übermittlung der Arbeitnehmerdaten zur Durchführung des Beschäftigtenverhältnisses	126
(c) Ausnahme beim Cross-Selling unter Kreditinstituten wegen eines vertragsähnlichen Vertrauensverhältnisses?	127
(d) Übermittlung für Zwecke der Werbung sowie der Markt- und Meinungsforschung	129
(e) Datenverarbeitung zum Zwecke der Übermittlung oder aufgrund der Interessen der weiteren Konzerngesellschaften	130
(f) Rechtfertigung aufgrund von Verträgen	131
(g) Grenzen der Unternehmensverträge	133
b) Fazit	137
2. Die eingeschränkten Datenübertragungsmöglichkeiten bei Unternehmenstransaktionen im Wege des Asset Deals	138
a) Übertragung von Vermögenswerten im Wege der Singulärsukzession	139
b) Auswirkungen eines Identitätswechsels der Vertragspartner im Zuge des Asset Deals für die Arbeitnehmerdaten	140
(1) Datenübermittlung aufgrund der Sonderrechtsnachfolge des § 613 a BGB?	141
(a) Der Erwerber als verantwortliche Stelle oder Dritter	142
(b) Der Zeitpunkt der Bekanntgabe	143
(c) Die Sonderrechtsnachfolge nach § 613 a BGB als aktives Element einer Bekanntgabe?	146
(d) Die Auswirkungen der Widerspruchsfrist nach § 613 a Abs. 6 BGB in datenschutzrechtlicher Hinsicht auf die Transaktion	150
(e) Ausnahme bei besonders brisanten Arbeitnehmerdaten	154
(2) Nutzung der Arbeitnehmerdaten bei der Betriebsfortführung	155
c) Die Rechtfertigung der Datenübermittlung und relevante Einschränkungen der Übertragungsmöglichkeiten	156
(1) Übertragungsnormen als Erlaubnisnorm bei einer immantinen Datenübermittlung im Zuge einer Singulärsukzession	157
(2) Die Einwilligung zur Datenübermittlung	160
(3) Die Vertragsübernahme und anschließende Rechtfertigungsmöglichkeiten einer Datenübermittlung ohne Adressbezug im Zusammenhang mit dem Asset Deal	164

(4) Die Besonderheiten bei der Übermittlung von Daten besonderer Art sowie von Ärzten, Rechtsanwälten und Notaren	167
(5) Sonstige Rechtfertigungstatbestände und Einschränkungen	172
(6) Benachrichtigungspflicht	175
d) Fazit	176
3. Die datenschutzrechtlichen Auswirkungen der Universalsukzession bei Unternehmensfusionen nach dem UmwG	178
a) Anwendbarkeit des BDSG auf Unternehmensumwandlungen	180
(1) Sonderstellung von Sparkassen	181
(2) Die Anwendungskontinuität des BDSG im Verhältnis zum UmwG	181
(a) Die Motive des Gesetzgebers von 1994	185
(b) Grundsätze zur Auflösung einer Gesetzeskonkurrenz	188
(c) Historische Überlegungen	189
(d) Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	189
(e) Weitere Überlegungen hinsichtlich einer Vorrangwirkung einer konkreten Norm des UmwG gegenüber den Regelungen des BDSG	193
(3) Zusammenfassung	199
b) Datenübermittlung bei Umwandlungen?	200
(1) Daten als Teil des Vermögens i.S.d. UmwG?	203
(2) Zusammenfassung	210
c) Fortbestehen einer Allfinanzklausel bei der Umwandlung?	212
d) Fazit	214
4. Bestandsübertragung nach § 14 VAG	216
IV. Schlussbetrachtungen	221
Literaturverzeichnis	227